Die Fraktionen sagen der Verwaltung zu, die erforderlichen Kosten für die Besetzung und Schaffung von Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen mitzutragen. Ihnen ist bewusst, dass den Kommunen immer mehr und anspruchsvollere Aufgaben übertragen werden, die es erforderlich machen neue Stellen zu schaffen.
Auch ist es erkennbar, dass es in der heutigen Zeit schwer ist Personal zu halten. Gerade auch wegen der örtlichen Nähe der Stadt Meckenheim zur ehemaligen Hauptstadt, in der einige Ministerien und Behörden beheimatet sind, die ebenfalls um die Bewerberinnen und Bewerber konkurrieren. Sie stellen sich daher die Frage, welche Maßnahmen die Stadt Meckenheim als attraktive Arbeitgeberin vornehmen kann, um Personal zu halten und neues zu gewinnen.

Auf die Frage der SPD-Fraktion, ob gewisse Fachbereiche mehr betroffen sind von Austritten und Krankheitsfällen als andere, antwortet die Verwaltung, dass sich dieses Bild quer durch sämtliche Bereiche, z.B. auch die Kindertageseinrichtungen, abzeichnet.

Die FDP fragt, welche Aufgaben man ggf. streichen kann, um die Belastung der Verwaltung zu reduzieren.
Hier verweist die Verwaltung auf die freiwilligen Leistungen, über die im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2023/24 verhandelt werden kann. Über die Pflichtaufgaben der Stadt Meckenheim kann dagegen nicht verhandelt werden, außer über Standards der Erfüllung.